

Die Halle monatlich bei zweimonatlicher Zahlung 2.00 Mark, vierteljährlich 5.00 Mark, durch die Post 5.00 Mark ansehnlich, Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Code-Zahlung eingetragene. Für unentgeltlich eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Soziale Zeitung“ gestattet. Sekret. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142 u. 1118, der Bezugs-Abt. Nr. 1135, Postfach-Konto Leipzig Nr. 4009.

# Soziale-Zeitung

Dreißundfünfzigster Jahrgang.

werden 6. Spalten, 34 mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unentgeltlich Zustellungen angenommen. Kationen die 92 mm br. Millimeterzeile 20 Pf. Anzeigen Annahmestellen: normal, 11 Uhr, für die Sonntags-Bl. abdr. 6 Uhr, Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Christent. u. Haupt-Vertriebsstellen: Halle, Neue Promenade 15, Dr. Graubauer, 17. Leber-Vertriebsstellen: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 331.

Halle, Freitag, den 18. Juli.

1919.

## Die Kirche in der Verfassung.

Zwei Kaiserbriefe vom 28. Juli 1914.

WTB. Berlin, 17. Juli. Mehrere Blätter verbreiten nach der Zeitschrift „Deutsche Politik“ folgenden Brief Kaiser Wilhelm an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg:

„Neues Vatais, 28. Juli 1914, 10 Uhr vorm.“

Ev. Erzengel! Nach Durchsicht der serbischen Antwort, die ich heute morgen erhielt, bin ich der Überzeugung, daß im großen ganzen die Wünsche der Donaumonarchie erfüllt sind. Die paar Referenzen, die Serbien zu einzelnen Punkten macht, können Meines Erachtens durch Verhandlungen wohl geklärt werden. Aber die Kapitulation liegt darin oft urbi verklädet, und durch sie entfällt jeder Grund zum Kriege. Dennoch ist dem Kaiser Papier nur seinen Inhalt nur beschränkter Wert beizumessen, solange er nicht in die Zeit umgekehrt wird. Die Serben sind Orientalen, das heißt verlogen, falsch und Meißler im Versteckten. Damit diese schändlichen Verprechungen Wahrheit und Tatkraft werden, muß eine *doctus violencio* geübt werden. Das würde beruhen auf massen sein, daß Österreich ein Januspaß (Belgrad) für die Erzwingung und Durchführung der Verprechen bestimme und solange bestimme, bis tatsächlich die *potita* durchgeführt sind. Das ist auch notwendig, um der zum dritten Mal umsonst mobilisierten Armee eine äußere satisfaction d'honneur zu geben, den Sagen eines Erfolges dem Ausland gegenüber und das Bedürfnis sein, wenigstens auf fremdem Boden gefaßt zu haben, ihr zu ermöglichen. Obgleich dürfte bei Unterbleiben eines Feldzuges eine sehr hohe Entschädigung gegen die Donau ankommen, die höchst bedeutend wäre. Falls Ev. Erzengel diese meine Auffassung teilen, so würde ich vorschlagen, Österreich zu sagen, der König Serbiens sei erzwungen, und man gratuliere dazu. Natürlich sei damit ein Kriegsgrund nicht mehr vorhanden, wohl aber eine Garantie nötig, daß die Verprechungen ausgeführt würden. Das würde durch die vorübergehende militärische Besetzung eines Teiles von Serbien wohl erreichbar sein, ähnlich wie wir 1871 in Frankreich Truppen stehen ließen, bis die Milliarden gezahlt waren. Auf dieser Basis bin ich bereit, den Frieden in Österreich zu vermitteln. Dagegenliegende Vorschläge oder Proteste anderer Staaten würde ich unbedingt ablehnen, um so mehr (als mehr oder wenig offen an mich) alle appellieren, den Frieden erhalten zu helfen. Das würde ich aus meine Meinung und so schäme ich für das österreichische Nationalgefühl und für die Waffenherr seiner Armee, als möglich. Denn an letztere ist schon bereits seitens des Obersten Kriegsherrn appelliert worden, und sie ist dabei, dem Appell zu folgen. Also muß sie unbedingt eine schätzbare satisfaction d'honneur haben. Das ist Vorbedingung für meine Vermittlung. Daher wollen Ev. Erzengel in dem flüchtigen Sinne einen Vorschlag mir unterbreiten, der nach Wien mitgeteilt werden soll. Ich habe im obigen Sinne an den Chef des Generalstabes durch Pfaffen schreiben lassen, der ganz meine Ansicht teilt.

gez. Wilhelm I. R.

Im gleichen Sinne ist gehalten, was der Generaladjutant des Kaisers, General v. Pfaffen, an den Generalstabchef von Nolte zu melden hat:

Wien, den 28. 7. 14.  
Seine Majestät der Kaiser und Königin lassen Ev. Erzengelns folgenden mitteilen:

Die Antwort der Serben auf das österreichische Ultimatum liegt jetzt vor. Nach Revidierung des Beschlusses haben Seine Majestät, daß die Serben im wesentlichen alle an sie gestellten Forderungen zugehört haben, und daß damit für Österreich Ungen der Krieg um seine Fortfall. Ein Zweck kann bei infolge der gleichen Auffassung aus zur Vermittlung aufzuerfordern, welcher Aufforderung wird nicht anders als in Zukunft als Weigerung entsprechen könnten, wenn wir nicht den Vorwurf an uns laden wollten, daß wir zum Kriege trieben. Auf alle Fälle müßte Österreich-Ungarn oder ein Staat mit Serbien belegen. Die Möglichkeit, daß die genannten Berechnungen von den Serben eingesehen werden, ist möglich. Ebenso macht der Kaiser an der serbischen Antwort nicht die Bemerkung:

„Eine brillante Leistung für eine Zeit von 48 Stunden! Das ist mehr als man erwarten konnte! Ein großer moralischer Erfolg für Wien. Damit fällt jeder Kriegsgrund fort, und Götter hätte nicht in Belgrad bleiben sollen. Daraus hätte ich niemals Wohlmeinung befohlen.“

### Die Ratifizierung im englischen Unterhaus

WTB. Amsterdam, 17. Juli. (Drahtnachricht.) Daß die Chronik meldet, daß die britische Regierung das Unterhaus erlösen wird, während die Sitzung des Reichstages die Ratifizierung des Friedensvertrages, wenn die Zeit gekommen ist, einer Sitzung in allen Punkten zu verhandeln. Lord George wird anwesend sein und sich an der Diskussion beteiligen. Man erwartet keine Kritik an den beiden Geheimverträgen. Man glaubt an, daß nicht lediglich einer Neuauflage des Friedensvertrages, sondern auch der Ratifizierung des Friedensvertrages.

unternommen werde, da die Regierung beabsichtigt, die Ratifizierung von ungefähr Mitte August bis Mitte Oktober zu veranlassen.

### Hindenburgs Dank.

WTB. Hannover, 17. Juli. Generalfeldmarschall von Hindenburg bittet um Verleihung folgender Rundgebäude: „Ich erlaube mir die herzlichsten Grüße und Telegramme. So sehr mich diese Beweise des Vertrauens und gültigen Gebührens erfreuen, ebenso wenig bin ich doch in der Lage, sie einzeln zu beantworten. Die erhaltene und Entschuldigend bittend, muß ich mich darauf beschränken, hiermit in für allemal meinen herzlichsten Dank allgemein auszusprechen.“  
Hannover, 18. Juli 1918. a. Hindenburg.

### Vorbereitungen zur Uebergabe des Saarbeckens.

WTB. Versailles, 17. Juli. (Drahtnachricht.) Auf die deutsche Aneignung die nötigen Vorbereitungen zur Uebergabe der Kohlengruben des Saarbeckens zu treffen, hat die französische Regierung heute mitgeteilt, daß sie einen Grundbesitzer in Begleitung seines Finanzierers nach Saarbrücken entsenden wird, um dort am 23. d. Mts. mit den deutschen Bevollmächtigten zusammenzutreffen um das Erforderliche zu vereinbaren. Bei dieser Zusammenkunft soll auch die Frage erörtert werden, inwieweit die deutschen Besatzungen übernommen werden sollen.

### Das Schwedische Kriegsabkommen mit den Alliierten aufgehoben.

WTB. Stockholm, 12. Juli. (Drahtnachricht.) Das zwischen Schweden einerseits und Großbritannien, Frankreich, Italien und Nordamerika andererseits am 23. Mai 1918 getroffene Handelsabkommen wurde vom 12. Juni ab aufgehoben, nachdem eine Vereinbarung darüber erzielt worden ist.

### Clemenceau nicht ermordet.

WTB. Paris, 17. Juli. (Drahtnachricht.) Das Gerücht von der Ermordung Clemenceaus ist absolut falsch. Es ist nichts vorgefallen, das ein derartiges Gerücht rechtfertigen könnte.

### Allgemeiner Landarbeiterstreik?

W. e. m. a. r., 17. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Wie verlautet, arbeiten die Arbeiter heraus, zum 1. August einen allgemeinen Landarbeiterstreik in Deutschland herbeizuführen.

### Interpellation betr. den Erstestreich.

Weimar, 17. Juli. Die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen Volkspartei haben in der Nationalversammlung Interpellationen eingebracht, in denen angeführt wird, welche Maßnahmen die Regierung zu treffen gedenkt, um die verheerende Wirkung der Erstestreichs zu verhindern.

### Am den Belagerungszustand in Pommern.

Stralsund, 17. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Man scheint auf dem Lande jetzt das nötige Material bekommen zu haben, um bewiesen zu können, daß der Landarbeiterstreik auf eine weit verzweigte Organisation zurückzuführen ist. Wie dazu zuverlässig gemeldet wird, wünscht im Gegensatz zu der bisherigen Annahme die streikenden Bürger dringend die Reichshaltung des Belagerungszustandes, weil er besonders auf dem Lande der einzige Schutz für die Ernte ist. Erwähnt sei noch, daß er unglücklich milde gehandhabt wird, so daß man sagt gar nicht mehr.

### Der Bürgerstreik in Stettin.

WTB. Stettin, 17. Juli. Der Bürgerstreik zur Abwehr des Generalstreiks der Arbeiterschaft hat heute begonnen. Die meisten Wäden, auch die Lebensmittelgeschäfte und Kontoren, sind geschlossen, ebenso sämtliche Apotheken und die Postämter. Auch die Ärzte verweigern die Hilfeleistung. Das Wasserleitungsnetz ist in Betrieb. Dagegen gibt es weder Gas noch Leitungswasser. Die Straßenpumpen sind meist bereits leer. Der Eisenbahnerstreik hat sich jetzt noch weiter. Auch die Postbeamten tun Dienst. Der Dampfverleber hat den Schaltern wählte bereits sehter trotz der Arbeitslosigkeit der Schriftsetzungen eingestellt werden, da die Streikenden die Möglichkeit der Dampfverleber zu verhindern drohten. Für heute abend 8 Uhr werden die Arbeiter und Angehörigen vom Streikkomitee durch Pfaffen für die Verhandlungen nach verschiedenen Punkten der Stadt berufen. Gefprochen wird über das Thema Grund und Ziel des Generalstreiks.

### Der Streit im New Yorker Hafen.

WTB. New York, 17. Juli. Wie das Verleber Komitee meldet, hat die amerikanische Regierung die Arbeiterschaft im New Yorker Hafen zum Streik aufgefordert.

### Hochschulreform.

Von Kultusminister Konrad Hähnisch.

Unmittelbar nach der Revolution wurden in allen Gauen Deutschlands Stimmen laut, die als Einleitung zum geistigen Wiederaufbau eine Reform unseres Hochschullebens forderten. An alle Zurechnungen von Einzelpersonen und Körperschaften, darunter von den beteiligten Hochschulen selber. In dem Betreiben, die wichtige Angelegenheit nicht zu überflüssigen, habe ich die amtliche Behandlung bis nach Schaffung gleichmäßiger Zustände zurückgestellt. Nachdem diese hergestellt sind und einzelne deutsche Gliedstaaten schon mit Reformen begonnen haben, ist es im Interesse der Einheitlichkeit des deutschen Hochschullebens unerlässlich, auch in Preußen die nötigen Unterlagen für einen Gesamtzustand zwischen den deutschen Hochschulleitungen zu beschaffen.

Mit Freude habe ich bemerkt, daß die oft harte Kritik an unseren Hochschulleitungen sich im allgemeinen nicht gegen den Geist der deutschen Wissenschaft wendet. Auch habe ich es für ein vermessenes Unterfangen, den Geist der Wissenschaft durch Verwaltungsmaßnahmen beeinflussen zu wollen. Die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei und sollen frei bleiben. Der Fortschritt der Wissenschaft ist die Frucht schöpferischer Persönlichkeit, nicht bürokratischer Vorschriften. Die Regierung kann einzig und allein die Aufgabe haben, führenden Köpfen, welcher Richtung und Partei sie auch angehören, Luft und Licht zu seiner Entfaltung ihrer Kräfte im Dienste der Allgemeinheit zu verschaffen. Diese Aufgabe wird sie entschlossen auch gegen Widerstände und Bedenken zu erfüllen wissen. Jedemfalls kann die deutsche Wissenschaft, wenn sie wirklich reformbedürftig wäre, nur von innen heraus durch ihre Träger und nicht durch Ministerialerlasse umgestaltet werden. Die Wissenschaft steht also bei der Beratung über die Hochschulreform nicht zur Erörterung.

Unsere Hochschulen dienen aber nicht nur der wissenschaftlichen Forschung und Lehre, sie sind auch Ausbildungsstätten für die verschiedenartigsten Staatsbeamten und freien Berufe. Die hier liegenden Aufgaben dürfen gegenüber den Forschungsaufgaben nicht vernachlässigt werden. Neben dem unumänderbaren Ziel der Wissenschaft liegen hier von den Umständen abhängige, also modifizierbare pädagogische Aufgaben vor für die ein Mitbestimmungsrecht der Verwaltungsborgern außer Zweifel steht. Die Freiheit der Wissenschaft ist also nicht bedroht, wenn der Staat sich darum kümmert, ob die bei der Ausbildung seiner künftigen Diener angewandten Methoden auch wirklich Schritt halten mit den veränderten Ansprüchen einer neuen Zeit. Auf hochschulpädagogischem Gebiet liegt aber der Schwerpunkt der neuzeitlichen Kritik unserer akademischen Zustände. Hier scheinen auch mir Reformen am Platze, und deshalb habe ich eine ausführliche Beratung mit den zuständigen Stellen ins Auge gefaßt.

Vorher das aber geschehen kann, muß erzwungen werden, ob die bisherigen Organe der Hochschulen tatsächlich noch als einzige Vertreter der Lehrrörper angesehen werden können, oder ob es sich nicht empfiehlt, eine breitere Basis für die hochschulpädagogische Beratung zu schaffen. In der bisherigen Erörterung der Hochschulreform spielt die Frage der Hochschulorganisation eine hervorragende Rolle. Hier scheint mir eine baldige Neuordnung nicht nur wünschenswert, sondern auch möglich. Spruchrecht ist vor allem die Frage nach der Stellung der außerordentlichen Professoren im Rahmen der Universitäten. Die völlige Aufhebung des Extraordinariats und die Schaffung einer einzigen Klasse von planmäßigen Professoren ist in Anregung gebracht. Eine endgültige Regelung wäre natürlich nur im Rahmen einer Veränderung der Verfassungsordnung, d. h. durch Gesetz möglich. Da sich diese nicht alsbald realisieren läßt, kommt die vorläufige Ueberführung sämtlicher planmäßiger Extraordinariate in persönliche Ordinariate in Frage. Die nicht planmäßigen Extraordinariate wären in Honorarprofessoren umzuwandeln. Die Senate und Fakultäten (Abteilungen) werden ersucht, sich schleunigst zu diesem Plane zu äußern und gegebenenfalls Uebergangsbestimmungen in Vorschlag zu bringen.

Ein weiteres drängendes Problem ist die Neuorganisation der Stellung der Privatdozenten. Mit großer Bedauern blide ich auf die wirtschaftliche Not unseres akademischen Nachwuchses. Vorschläge zu seiner Sicherung sehe ich entgegen. Auch liegt mir daran, den nichtbeamteten Mitgliedern der Lehrkörper, den Privatdozenten und Honoraristen, eine amtliche Bestätigung in der akademischen Gesamtkörperschaft zu verschaffen. Ich sehe Ueberlegungen darüber entgegen, ob eine Vertretung der Privatdozenten und Honoraristen in den Senate und Fakultäten (Abteilungen) oder in der Gesamtkörperschaft der Hochschulen



nicht beannten akademischen Lehrer (Privatdozentenform) empfangen wird, und welche Aufgaben diesen Berufen zugewiesen sind.

Schlich muß darüber beraten werden, ob überhaupt und gegebenenfalls für die weibliche Geschlechter die Studentenschaft an den Höchschulgeschäften ordnungsmäßig zu beteiligen ist. Nachdem die tätige Mitarbeit der tüchtigen Schwestern an der Schulverwaltung als wichtiges pädagogisches Erziehungsmittel erkannt und in Durchführung begriffen ist, geht es nicht mehr länger an, die so viel tüchtigen Studentinnen völlig von der akademischen Selbstverwaltung auszuschließen.

### Hänisch will gehen?

Die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ in Köln bringt folgende Privatmeldung aus Weimar:

In der sozialdemokratischen Fraktion der Preussischen Landtagsversammlung macht sich auch gegen das letzte Weimarer Schulkommissionär starke Opposition bemerkbar. Kalkulationsminister Hänsch hat die Reaktion keinen Widerstand zu leisten in der Hoffnung, er könne die Exzentrikerlisten in die Richtung unter keinen Umständen mitnehmen, da bis zum Erlass eines Reichsgesetzes um den jetzigen Schulverhältnissen in den Ländern, soweit die Konfessionsfrage in Betracht kommt, nicht geklärt werden darf. Es wird versucht, Hänsch zum Weichen im Sinne zu bewegen.

### Deutsche Nationalversammlung.

Über den weiteren Verlauf der Sitzung, über deren Anfang wir bereits berichteten, wird uns gemeldet: Der Artikel 122 bis 127 werden nach der Vorlage begutachtet. Der Fallung des Ausschusses angenommen. Artikel 127 regelt die

#### Anstellung der Beamten.

Artikel 128 bestimmt, daß die Beamten, Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei seien, und daß ihnen die Freiheit ihrer politischen Meinung und Vereinigungsfreiheit gewährleistet werde. Dazu liegen außer Anträgen, die die getroffenen Bestimmungen teilweise schärfer stellen, ein Antrag Frau Juchacz vor; alle Ausnahmestimmungen gegen weibliche Beamte werden bestritten.

Ein Antrag Bursage (Ztr.) will Artikel 128a folgen demnach fassen: Verleiht ein Beamter in Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt, die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die Verantwortung grundsätzlich das Reich, die Länder, die Gemeinden oder anderen Kommunalverbände, in deren Dienst der Beamte steht. Der Richter gegen die Beamten bleibt vorbehalten.

Abg. Debus (Dem.): Die Beamten werden leben, daß die Nationalversammlung sich ihrer annimmt, da wir ihren Rechten nicht weniger als drei Artikel widmen.

Abg. Steinbock (Soz.): Grundsätzlich wollen wir die Rechte der Beamten,

sofern als möglich, feststellen. Die Regelung bleibt im einzelnen aber dem Gesetz überlassen.

Reichskommissar Dr. Braun: Das Beamtenrecht ist in der Verfassung aufgenommen worden, weil damals abenteuerliche Verträge umhergingen, daß die Berufsbeamtenhaft befristet und alle Beamten auf Kündigung ange stellt werden sollen. Alle Einzelbestimmungen gehören aber in das Beamtengesetz hinein. Deshalb erscheinen mir weitere Anträge zu den einzelnen Bestimmungen entbehrlich. Die Frage der Personalien kann nicht ohne eingehende Erörterung durch einen solchen Antrag entschieden werden. Die Anwendung der Vorschriften über die Arbeiter- und Angestelltenrechte auf die Beamten würde nur Unklarheit schaffen.

Vizepräsident Haußmann bittet die Redner, sich kurz zu halten, da in den nächsten Tagen über eine große Beamtenpetition verhandelt werden würde.

Abg. Albrecht (Ztr.) bemerkt, daß die Beamtenverbände entgegen den Bestimmungen der Bestimmungen über die Arbeiterrechte auf die Beamtenhaft seien.

Abg. Degler (Dn.): Die Bestimmungen über die Beamtenschaft sind noch so unklar, daß sie auf die Beamteneverhältnisse nicht anwendbar sind.

Abg. Dr. Meißner (D. Rpt.): Bedenken habe ich gegen die Bestimmung über die Entlassung der Beamten unter gewissen Voraussetzungen. Das ist die lebenslängliche Anstellung gehört zu den höherwertigen Rechten der Beamten.

Abg. Dr. Cohn (U. E.) begründet einen Antrag seiner Partei auf Beamteneinstellung.

Nach weiterer Debatte wird der Antrag Cohn die Beamten durch Wahl zu berufen,

abgelehnt. Außer anderen mehr formalen Änderungen wird der Antrag Juchacz, die Ausnahmestimmungen für weibliche Beamte zu beseitigen, angenommen. Desgleichen die Bestimmungen, daß den Beamten die Einsicht in ihren Personalnachweis zu gewährt ist.

Artikel 129 wird in der Fassung des Antrages Bursage angenommen.

Eine Entschließung des Ausschusses, die Rechte der Rechtsgewaltenteilung zu regeln, wird angenommen.

Um 12 Uhr wird die Sitzung auf 1/4 Uhr vertagt.

### Nachmittagsitzung.

Um 3/4 Uhr wird die Sitzung vom Vizepräsidenten Haußmann wieder eröffnet.

Schriftführer Abg. Meißner (Ztr.) verliest ein Telegramm des Präsidenten der Deputiertenkammer der argentinischen Republik,

in dem die argentinische Deputiertenkammer der Nationalversammlung einstimmig ihre Freundschaft ausdrückt, über die Unterzeichnung des Friedens von Paris, auf den die Welt gewartet habe, und mit dem die Nationalversammlung den Forderungen der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit Rechnung getragen habe. (Lebhafter Beifall.)

Vizepräsident Haußmann dankt für die Gefinnung, die in dem Telegramm für unser Land zum Ausdruck gebracht wird, und bemerkt, der Präsident werde das Weitere veranlassen.

Darauf wird die Beratung der Verfassung fortgesetzt, und zwar mit dem dritten Abschnitt, der Grundrechte, Religion und Religionsgesellschaften.

Abg. Dr. Meißner (Ztr.) berichtet eingehend über die Beratungen des Ausschusses.

Auf Antrag des Abg. Koch (Dem.) wird die Beratung über den ganzen Abschnitt, Artikel 132-138, zusammengeführt.

Der Abschnitt behandelt die Glaubensfreiheit 132, die Freiheit der Religionsausübung 133, die Freiheit der Vereinerung zu Religionsgesellschaften 134, die Abfassung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften 135, den Schutz der Ehen, und Feiertage als Tage der Arbeitsruhe 136, die Erfüllung der religiösen Pflichten durch die Angehörigen der Wehrmacht 137, und die Zwangslosigkeit bei der Übernahme religiöser Handlungen 138.

In dem Artikel 134 beantragen die Unabhängigen die

juristische und vermögensrechtliche Trennung von Staat und Kirche.

zum Glaubensartikel beantragen die Sozialdemokraten, daß die Rechte der Mitglieder von Religionsgesellschaften nicht von geldwerten Leistungen abhängig gemacht werden könne, zum Artikel 135 verlangt ein Antrag Heintze und Genossen (D. Rpt.) die Abfassung der auf Personen bezüglichen Staatsleistungen.

Abg. Dr. Koch (D. Rpt.) begründet den Antrag seiner Partei, daß nicht nur auf die Gesetz, Vertrag oder besonderem Rechtstitel, sondern auch auf die aufkommen demohnenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften durch Landesgesetzgebung abgelöst werden.

Abg. Kunert (Soz.) bebauert, daß es den Sozialdemokraten infolge der Gegenmacht sämtlicher bürgerlichen Parteien nicht gelungen ist, die staatliche Glaubensfreiheit durch eine innerliche Glaubensgemeinschaft abzulösen. Wir bedauern das Stedenbleiben der Trennungsarbeit. (Beifall.)

Abg. Dr. Naumann (Dem.): Für die evangelische Kirche bedeutet diese Fassung eine neue Zeit, die unmittelbar an das Geburtsjahr der lutherischen Reformation anknüpft, nämlich Lösung und Befreiung des religiösen Lebens. Der neue innerliche und religiöse Partikularismus bringt neues Leben, aber auch neue Arbeit. Dieses neue Leben braucht neue Vorrechte für die Kirche. Wir müssen den Religionsgesellschaften aus praktischen Gründen die Rechte der öffentlich-rechtlichen Körperschaften geben. Das muß auch von den kleinen Religionsgesellschaften und Sektan gelten.

Reichskommissar Dr. Braun bestätigt die Auffassung des Abgeordneten Naumann hinsichtlich der kleinen Religionsgesellschaften und Sektan.

Abg. Götzer (Ztr.): Mehrere Bundesstaaten befeuern bereits die Arienegierungen zugunsten der Kirche. Die Nationalversammlung hat keine Veranlassung, die Landesgesetzgebung zu kritisieren.

Abg. Heintze (Dn.): Die Abschaffung der Staatskirchlichkeit ein weltgeschichtliches Ereignis; ob aber auch ein freudiges, bleibt eine Frage. Sie schafft ganz neues Recht mit unübersehbarer Tragweite. Trotz der wenigen Ausnahmen, die angeführt werden können, hatten die Geistlichen Meinungsfreiheit, wie kein anderer Stand.

Abg. Kunert (U. E.): Wir verlangen, daß die Trennung von Kirche und Staat rücksichtslos durchgeführt wird.

Abg. Ende (Dem.): Das Ziel absoluter Gleichberechtigung und freieren Wettbewerbs zwi chen den verschiedenen Religionsgesellschaften ist durch die Vorlage nicht erreicht worden.

Abg. Dr. Meißner (Ztr.) polemisiert gegen den Abgeordneten Dr. Kunert und weist namentlich gegen die Bedenken gegen die Bestimmung zurück, wonach nur solche Religionsgesellschaften, Körperschaften des öffentlichen Rechts werden können, die durch die Zeit ihres Bestehens und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten.

Abg. Dr. Döringer (Dn.) bemerkt, daß seine Partei für die Freiheit der religiösen Eidesformel nur unter dem Vorbehalt stimmen könne, daß bis zur dritten Lesung aus praktischen Gründen des Gerichtsverfahrens eine Übergangsbestimmung gefunden werde.

Er der Abstimmung wird auf Antrag Koch in Artikel 132 nur die Glaubens- und Gewissensfreiheit festgestellt, die Gewandtheit aber ausgelassen.

Der Antrag der Unabhängigen auf vollständige Trennung von Staat und Kirche wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Die Frage der Religionsgesellschaften wird dahin entschieden, daß die Religionsgesellschaften Körperschaften des öffentlichen Rechts werden, soweit sie solche bisher waren, und (gemäß dem Antrage Koch, Dem., Naumann, Dem.) anderen Religionsgesellschaften gleiche Rechte zu gewähren sind, wenn sie durch die Zeit ihres Bestehens und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten.

Mit geringer Mehrheit wird der Antrag der Deutschnationalen angenommen, daß bis zum Erlass eines Reichsgesetzes die bisherigen Staatsleistungen bestehen bleiben. Im übrigen werden die einzelnen Bestimmungen dieses Abschnittes unter Ablehnung aller anderen Anträge gemäß den Ausschlußbeschlüssen angenommen.

Gegen 1/2 Uhr verläßt das Haus die weitere Beratung auf Freitag, 9/4 Uhr; außerdem Anträge und Interpellationen über den Landarbeitertreik.

## Landwirtschaftsminister Braun gegen den Pommerischen Landbund.

### Preussische Landesversammlung.

Berlin, 17. Juli.

Präsident Heinert eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Das Gesetz zur Milderung der Warenhaussteuererzesse wird angenommen.

Es folgen förmliche Anfragen über den Landarbeitertreik und das Wahlrecht der Landarbeitertreik.

Abg. Koch (Dn.): Wesentlich besteht der spartakistische-kommunistische Plan, unser Birkensystem nicht mehr zur Anwendung zu lassen. Der Streik muß unbedingt verhindert werden, und das ist nur möglich, wenn die Regierung feststeht zeigt.

Abg. Schmitt (Dn.): Die Rechte der Landarbeitertreik sind nicht mehr zur Anwendung zu lassen. Der Streik muß unbedingt verhindert werden, und das ist nur möglich, wenn die Regierung feststeht zeigt.

Abg. Schmitt (Dn.): Die Rechte der Landarbeitertreik sind nicht mehr zur Anwendung zu lassen. Der Streik muß unbedingt verhindert werden, und das ist nur möglich, wenn die Regierung feststeht zeigt.

mus auf dem Lande kein Streik sein. Wären wir eine Politik im Sinne der Agrar führen, dann würde er bald Boden fassen. Sorgen Sie endlich dafür, daß es zu einer Verhängung kommt.

Abg. Dr. Erich (U. E.): Ich habe bisher gefunden, daß gerade die Agrar Wähler und Sozialdemokraten am lautesten über den Terror der Spartakisten und Kommunisten herziehen. Wie ist es möglich, daß auch jetzt diese Diktatur der Gewalt bevorzieht?

Landwirtschaftsminister Braun: Es versteht sich von selbst, daß die Regierung alles getan hat, der Gefahr eines Streiks der Landarbeiter vorzubeugen. Die Verhältnisse auf dem Lande sind noch am rüchädigsten. Dieser Umstand wird jetzt von einzelnen Kommunisten ausgenutzt, um die Landarbeitertreik zu erzwingen. Gegen diese Elemente, die an die Stelle der Demokratie und des demokratischen Sozialismus den rohen Handgraten Sozialismus setzen wollen, wird mit allen Mitteln eingeschritten werden. Wir werden die berechtigten Wünsche der Landarbeiter erfüllen. Ihre wirtschaftliche Lage muß von Grund aus umgestaltet werden. Ich habe einen besonderen Referenten bestellt für die landwirtschaftlichen Arbeiterverband. Es ist eine Vereinbarung, daß der Landarbeitertreik der Streik geschildert habe. Im Gegenteil, seine Funktionäre haben mich in wirksamster Weise unterstützt. Der Pommerische Landbund hat das Zustandekommen der Vereinbarung zu verantworten. Es ist ihm gelungen, für seine losgelassenen Mandatsträger sogar militärische Stellen einzufangen. Als der Minister davon spricht, daß er sich genötigt gesehen habe, Hausdurchsuchungen zu veranlassen, wird ihm das Recht hierzu in fürmlicher Weise von der Rechte bestritten. Das gemeingefährliche Treiben des Landbundes hat hauptsächlich den Streik herbeigeführt. Der Regierungskommissar, Regierungsrat Dr. Grimm, hat man durch Zahlung von der Erfüllung seiner Pflicht abwendig machen wollen, und als er solche Versuche abweis, hat man ihn verurteilt, er habe den Streik geschildert. Ein Mitglied dieses Bundes, Herr von der Osten, hat die Unwahrscheinlichkeit weiter gegeben. (Große Unruhe rechts.) Es ist unerhörte, daß ein Mann, der im öffentlichen Leben steht, sich nicht enthält, solche Unwahrheiten gegen einen pflichterfüllenden Beamten zu verbreiten. (Arm rechts.) Als der Belagerungszustand verhängt wurde, habe ich sofort versucht, ihn wieder aufzuheben, weil ich daraus nur eine weitere Ausdehnung des Streiks befürchte. Wenn die militärischen Stellen in der gleichen Weise weiter in Wirtschaftskrisen eingreifen, dann lehne ich jede Verantwortung für die Folgen ab. Ich hoffe, daß es gelingen wird, überall in Pommern landwirtschaftliche Grundbesitzer zusammen zu schaffen und ähnliche Komitees für die Zukunft auszubilden. Wir dürfen nicht dulden, daß die hochentwickelten Elemente von rechts den Frieden untergraben. (Großer Arm rechts.) Ich habe mich seit Jahren gegen den Landarbeiter angenommen, und ich muß ihnen zurufen: Der Streik ist das allerletzte Mittel, und jetzt wäre

der Erntestreit ein Wahnsinn oder ein Verbrechen. (Sehr richtig!) Die Ernte muß ordnungsgemäß eingezogen werden. Nur so kann unser unglückliches Vaterland vor völligem Untergang bewahrt werden. (Stürmischer Beifall links.)

Ein Antrag Adolf Hoffmann, die gestern begonnene Beschränkung der Redezeit wieder aufzuheben, wird gegen die Stimmen der Rechte und Unabhängigen abgelehnt, und ein Beschluß des Vizepräsidenten angenommen, für diesen Gegenstand die Redezeit auf eine halbe Stunde zu beschränken.

Abg. von der Osten (Dn.): Meine Zeugen (der Redner verliest die Namen) haben sich bereit erklärt, ihre Aussagen betreffs des Herrn Dr. Grimm vor Gericht eidlich zu erhärten. (Hört, hört! rechts.) Ich dürfte mich also wohl für berechtigt halten, diese Verbindungen als Tatsache hinzunehmen. Der Kommissar hat hiernach zwar vor kleinen drütschen Streiks gewarnt, aber den allgemeinen Generalstreik empfohlen. Er sagte, nur durch ihn sei etwas zu erreichen, und wenn es beim ersten Male nicht glücken sollte, dann sollten es die Landarbeitertreik ein zweites, und ein drittes Mal versuchen. (Hört, hört! rechts.) Wir haben den Organisationsbestrebungen der Landarbeiter durchaus wohlwollend gegenüber. (Lachen links.) Die erste Regierungskette von Pommern hat leider keine Haltung gezeigt, die dem Ernst der Zeit entspricht. (Beifall rechts.)

Abg. Schauer (Soz.): Die spartakistische Unruhe kommen von den Gutbesitzern selbst her. Sie geben das Geld dazu. (Lachen rechts.) Der Eingang der Ernte ist sicher, wenn der Belagerungszustand ein Ende findet und die Grundrechte des Arbeiters unangefastet bleiben. (Beifall links.)

Kriegsminister Reinhardt: Die militärische Hilfe wurde angerechnet vom Regierungsvorständen in Straßund oder seinem Stellvertreter. Darauf wurde der Belagerungszustand verhängt. Das Generalkommando hat sofort an das Staatsministerium berichtet, und dieses hat zwei Kommissare nach Pommern geschickt, die die Entscheidung darüber haben, ob und inwiefern die militärischen Maßregeln aufrechterhalten sind.

Abg. Schauer (Ztr.): Der Pommerische Landbund nimmt eine vollkommen Sonderstellung ein. In anderen Provinzen ist es unsicher gelungen, auf Grund von Tarifverträgen zu einer Vereinbarung zu gelangen.

Minister Braun: Herr von der Osten hat meine Feststellung nicht im geringsten erschüttert. Die von ihm genannten Zeugen sind gar nicht in der Versammlung gewesen, in der Dr. Grimm die ihm zugeschriebenen Äußerungen getan haben soll. Es ist Sorge zu tragen, daß die Sache vor Gericht vollständig Klarheit finden wird. Unmähr ist auch die von ihm verbreitete Behauptung, ich hätte mich der Deutschnationalen Volkspartei als Sekretär angeboten. Ich bin seit 1914 Sozialdemokrat.

Abg. Westermann (Dem.): Ehe so einschneidende Maßnahmen, wie die Verhängung des Belagerungszustandes, getroffen werden, sollten sich die militärischen Behörden mit den Zivilbehörden in Neuemmen zeigen.

Es tritt eine Pause ein bis 7/4 Uhr.

Die Besondere der Zeitschrift ist sehr verschiedenartig und hängt natürlich auch von der besseren oder schlechteren Konstitution der Uhr ab. Simeonoff ist sehr, sehr verschiedenartig. Die Besondere der Zeitschrift ist sehr verschiedenartig und hängt natürlich auch von der besseren oder schlechteren Konstitution der Uhr ab. Simeonoff ist sehr, sehr verschiedenartig.



# Ein Aufbruch der ungarischen Räteregierung.

## „Der Klassenkrieg.“

WTB. Budapest, 17. Juli. Die ungarische Telegramm-Büro meldet, richtete die ungarische sozialistische Räteregierung einen Aufbruch an die Proletariate aller Länder, an dessen Spitze sie steht:

„Wir heissen die Brüderworte werden wir aus an Euch, Ihr Revolutionäre. Zur Demonstration und zum Generalstreik rufen wir die Proletariate Italiens, Frankreichs, Englands und Schwedens, Schweden, der Schweiz und Österreichs. Wir fordern die Solidarität mit uns und mit anderen revolutionären Räterepubliken aus einer gemeinsamen Manifestation in die Nation des Alltags und schließlich ab, das Los des Kapitalismus. Entschloßen die Fahne der gerechten und aufbauenden Revolution. Den Krieg, den die imperialistischen Mächte nicht brechen können, führt, um in den Klassenkrieg der Welt gegen die Besitzenden. Dieser Kurs Rebellion wird durch Gewalt nur mit schmerzlichen Erfolgen. Es gibt nur einen Ausweg aus dem Joch des fünfjährigen Krieges, die soziale Weltrevolution.“

# Der Gesandte der ungarischen Räteregierung in Wien.

WTB. Wien, 17. Juli. (Drahtnachricht.) Die ungarische Räteregierung ernannte den früheren Armeeoberkommandanten Wilhelm Boehm nach Einholung des Agreement der deutsch-österreichischen Regierung zu ihrem Gesandten in Wien.

# Eine Note Jochs.

## 100 000 Franken Entschädigung für den ermordeten Soldaten.

WTB. Berlin, 17. Juli. Wie wir von zuständigen Stellen erfahren, ist in der Ungelegenheit des erstordnen französischen Quartiermeisters Wilhelm eine Note des Reichsaussenamts eingegangen, in der die Forderung des gesetzlichen Entschädigung wegen des Todes, Verletzung der Kräfte der Beschäftigung, Zahlung einer Entschädigung von 100 000 Franken für die Familie des Ermordeten und Zahlung einer Rente von einer Million Franken in Gold durch die Stadt Berlin verlangt wird.

# Diplomatischer Lagebericht.

Paris, 17. Juli. (Gazette.) Der Oberste Rat der Alliierten hörte Benjalos an, der über die Besetzung von Aibin berichtet. Die österreichische Delegation übermittelte auch Noten. Die erste verlangt die Verzögerung Österreichs, die Mitte Juli zu Ende gehen sollte, bis Ende September. Die zweite macht Bemerkungen über die Schiffahrts- und Luftschiffahrtsklausel des Friedensvertrages. Die deutsche Delegation sandte eine Note, in der sie fragt, welches die Aufgaben der alliierten Kommissare sein sollen, die in Memel gelandet sind.

# Postdienst Deutschland-Amerika.

WTB. Amsterdam, 17. Juli. Laut Pressebüro Radio hat der amerikanische Generalpostmeister die Wiederherstellung des Postdienstes zwischen Deutschland und Amerika in Deutschland angeordnet. Es wird jetzt Post nach allen Teilen Deutschlands unter denselben Bedingungen und Tarifen, wie für die anderen europäischen Länder, angenommen. Die bisher noch keine direkten Schiffverbindungen eingerichtet worden ist, wird die Post über Holland, Norwegen und Dänemark geleitet.

# Eine zeitgemäße Erinnerung.

WTB. Berlin, 17. Juli. Von zuständigen Stellen wird dem Reichstag mitgeteilt:

„Die Erinnerung an die geschehenen Zusammenhänge dürfte es interessant sein, an eine Verfügung der preussischen Regierung vom 2. Januar 1919 zu erinnern, als die Vertreter der I. S. P. D. noch im preussischen Kabinett saßen. In dieser Zeit ist unter anderem:

„Die Wohnbewegung unter der Arbeiterklasse ist in letzter Zeit nach Art und Umfang eine Entzündung angenommen, die das Schicksal der Arbeiter führt und weite Gebiete der Arbeiterbewegung zum Ziel bringen muß. Es wird deshalb zur gesetzlichen Pflicht der Staatsregierung, einem Ansuchen der Wohnbewegung über das Maß des Entschädigungs hinaus mit Beihilfe entgegenzutreten.“

Im Hinblick darauf ist auf die Ausführungen des unabhängigen Stadtratspräsidenten Zuletti in der Berliner Stadtratsversammlung vom 12. Juli 1919 hinzuweisen, in der er erklärte, daß mit der atmenlosen Bewilligung von Zulagen an einzelne Kategorien der Arbeiterklasse gemacht werden müßte.“

# Eine Denkschrift über die Eisenbahnerlöhne.

WTB. Berlin, 17. Juli. Die Denkschrift über die Eisenbahnerlöhne ist seitens des Staatsministeriums der Verkehrsmittel zugestanden und wird voraussichtlich noch vor Beendigung der Verhandlung kommen.

# Kronprinzessin fährt zum Besuch nach Wiesbaden.

WTB. Haag, 17. Juli. (Drahtnachricht.) Laut Korrespondenz aus der Regierung, daß die ehemalige deutsche Kronprinzessin demnächst ihren Besuch in Wiesbaden einen Besuch abgeben wird, unterbreitend. Der Zeitpunkt des Besuchs steht noch fest.

# Gold!

WTB. Amsterdam, 17. Juli. Times' meldet aus London, daß die Währungsreform Goldbarren enthält worden sind.

# Deutsches Reich.

Eine Volkskammer am 8. Oktober 1919.

Der Reichspräsident hat die Nationalversammlung für die Entzweiung einer Verordnungsgebung über die Vornahme einer Volkskammer am 8. Oktober 1919 zu. Der Wunsch wurde die Regierung, auch die Abfertigung der bei der Bildung zu beachtenden.

Beim Reichstag deutscher Soldaten.

WTB. München, 17. Juli. Der Kampf „Adenau“ der letzten deutschen Soldaten aus Saloniki, 1000 Mann in die einzuweisen.

# Ausland.

Die Finanzregulierung Deutschlands.

WTB. Wien, 17. Juli. Um eine Doppelbelastung bei der Vermögensabgabe zu vermeiden, beschloß das Staatsamt für Finanzen, daß vor dem endgültigen Abschluß der Fälligkeit des Einkommenssteuer über die Vermögensabgabe in Einkommen mit jenen Staaten, in denen die Vermögensabgabe geplant ist, und mit dem Deutschen Reich herzustellen. Zu diesem Zweck werden sich Vertreter des Staatsamts für Finanzen demnächst nach Deutschland begeben.

# Halle und Umgegend.

Am den hohen Kirchenpreisen sollen, wie von den Ökonomiebehörden bekannt wird, ausschließlich die Verdächter die Schuld tragen. Eine solche Veranschaulichung ist jedoch nicht möglich. Uns wird z. B. heute mitgeteilt, daß der Käufer der Einkommenssteuer des Staatsamts für Finanzen vor dem Krieg einen Pachtbetrag von 700 Mark für sämtliche Öst bezahlte. In diesem Jahre bezahlt der Käufer 1200 Mark. Indes ist in diesem Pachtbetrag auch der Mietpreis für eine Wohnung im Wert von 300 Mark eingeschlossen, so daß die Einkommenssteuer nur 400 Mark, also bis 140 Mark weniger als der Pachtbetrag mehr löst. Nichtschonender Verkauf der Käufer keine Kirchen nicht billiger, als die anderen Händler auch.

Geringe Arbeitsleistungen bei Notstandarbeiten. Das Verhältnis zwischen Arbeitsleistung und Lohnaufwand bei Notstandarbeiten wird der preussische Handelsminister dadurch ein Ende bereiten, daß er bei Notstandarbeiten die Arbeitsleistung für die Gewährung der Arbeitsunterstützung verlangt wird, einen Vorbehalt des Inhalts annimmt, daß die festgestellten Zuschüssen nicht überschritten werden. Die Notstandarbeiten werden nach Bekanntwerden dieses Vorbehalts einer besonderen Prüfung bedürfen, ob die eingeworbenen Zuschüssen den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen und nicht etwa willkürlich hoch angenommen sind. Stellt sich heraus, daß der für eine Arbeit zu zahlende Lohn in freierem Verhältnis zum Umfang der geleisteten Arbeit steht, so ist nur ein entsprechender Betrag als Arbeitsunterstützung einzusetzen und als Zuschuß anzunehmen.

Goldene Hochzeit. Am Freitag, 18. Juli feierte das Ehepaar Frau Berndt, Reilstr. 104, das Fest der goldenen Hochzeit. 6 Kinder (u. J. in Halle, Berlin, Hamburg, Köln) sowie 10 Enkel kind aus der Ehe einbrachten. 2 Enkel kind im Krieges gefallen, einer befindet sich in englischer Gefangenschaft. Sämtliche Söhne, Schwägerinnen und ein Teil der Enkel haben den Krieg in Ausland und Heimat, Italien, Frankreich mitgemacht. Frau Berndt war lange Zeit Bezirks- und Armenrätin, Malzerin und Schöffe.

Polizeibeamtenverein der Provinz Sachsen. Am 13. d. M. fand die diesjährige Hauptversammlung des Polizeibeamtenvereins der Provinz Sachsen im Vereinshaus „St. Nikolaus“ statt. Außer den Vertretern der einzelnen Ortsgruppen der Provinz, die über fünfzig Mitglieder umfassen, waren der Polizeibeamten von Halle, die Polizeieinsprekoren und mehrere Kommissare anwesend. Ferner nahmen an der Veranstaltung der Vorsitzende des Bundes kommunaler Polizeibeamten Preussens und der Vorsitzende des Reichsverbandes deutscher Polizeibeamten in Berlin teil. Aus den Verhandlungen ging hervor, daß, nachdem sich nun sämtliche Polizeibeamten der Provinz Sachsen zum Zusammenschluß haben, eines darangeht werden muß, den Stand des Polizeibeamten zu heben und an die Stelle zu bringen, an die er seinen Aufgaben und Leistungen entsprechend gehört. Insbesondere ist die Einrichtung von Polizeischulen anzuordnen, die jeden Polizeibeamten auf ein Jahr in der Provinz Sachsen zu absolvieren. Durch die Umgestaltung der Verhältnisse werden gerade an den Polizeibeamten ausserordentlich hohe Anforderungen gestellt. Von allen Seiten kamen Wünsche zum Ausdruck, die auf eine Verbesserung der Beamten in Bezug auf Dienst, Bezahlung und Pensionierung hinauslaufen. Eine Gehaltsregulierung für ein Beamtenpaar, das überarbeitete, bereit ist, seinen Gehalt einzusetzen für das Leben und Eigentum seiner Mitmenschen, sei zunächst bald herbeizuführen.

Seihen der Zeit. Die Wirtschaft in Heiligenthal, Mansfelder Gegend, ist durch Verletzung eines Stelleninhabers frei geworden. Nach den „Amtlichen Mitteilungen des Konfliktministeriums“ Nr. 11 wird der neue Stelleninhaber notfalls nach Verfügung des Reichsministeriums für lange im geräumigen Pfarrhaus mit wohnen zu lassen, bis dieser eine anderweitige Unterkunft gefunden hat.

Ziel Schotenfelder aus der Umgebung gingen bei dem Kartoffelmangel nach Berlin. Sie sind dieses Jahr von besonderer Güte und sehr feine made darunter. — Mit dem Wachsen von Winterroggen ist hier über und da begonnen.

# Kunst und Wissenschaft.

Johannes Schreier, der am 17. Juli seinen 68. Geburtstag feiert, ist ein in die Welt der Schreier. Aus all seinen Tugenden leuchtet die Liebe zu der gemeinsamen Sache der tätigen Männer der Schreier heraus. Seine Kindheit verlebte er in einem seiner besten Werke, der autobiographischen Erzählung „Soppel“. Er führt uns hier den letzten Geisteswunden Dichter und Welt, zwischen glühender Phantasie und later Wirklichkeit vor. Die Schreier Werke sind würdige Nachkommen ihres Vaters und Vorfahren Wilhelm. Wie dieser Mann aber vor Not nach Gefahr aufsuchte, so sind auch sie allezeit bereit, Helfer und Erlöser ihrer Mitmenschen zu werden. Aus Herrn Schreiers Werken seien nur genannt: „In welchen Wäldern“, „Wettermatt“, und der nicht minder vielseitige Roman „Der König der Bernina“. Lange hatte Herr Schreier Rämpfe durchzungen, ehe er von dem großen Publikum anerkannt wurde. Heute aber zählt er zu den Liebenden der Gebildeten.

# Provinzial-Nachrichten.

Wien, 16. Juli. (Die heilige Domäne) 307,2254 Hektar, bei Sobann 1202 von Amtmann Hubert Tirda erpachtet, mit Park und Schloß ist durch Kauf in den Besitz des Gutsbesizers Lampe in Dornsdorf übergegangen. Der bisherige Käufer wird ein Bestium in der Nähe Neubrandenburg übernehmen.

Desau, 15. Juli. (Einwohnerwahl.) Der Gemeinderat beschloß die Gründung einer Einwohnervereins nach schlossigen Muster. Die Sozialdemokraten stimmten unter der Bedingung dafür, daß ihr keine Reaktionskräfte von rechts nach links angeschlossen dürfen und die Wähler auch zum Schutze der jetzigen Regierung bereit ist. Von den 1000 Mark betragenden Kosten trägt die Stadt die Hälfte.

Wien, 16. Juli. (Die Seibelbeerte) löst in diesem Jahre logar abtrotzte Leute aus Sachsen, die in langen Wagenreihen ankommen, in andere Wälder. Die Menge, die am letzten Sonntag im Bereich des Hiesigen und des Hiesigen Oberförsters waren, sollte nach mehreren Tausenden. Die Preise fallen.

Naumburg, 17. Juli. (Garnisonhülle.) Für die Hiesige Garnison ist seit Beginn des Jahres eine Garnisonhülle eingerichtet, in der die Unteroffiziere für einen späteren

# Freiherren vorberichtet werden sollen. Es kämft für diese der Zivilverordnungschein wegfällt.

Wien, 16. Juli. (Die Wildbibereten im Schwarzburger Tiergarten) wollen nicht aufhören. Seit Pfingsten sind allein vier Hirsche verendet und veräußert aufgefunden worden. Hören die Jäger nicht endlich auf, so wird bald der letzte Hirsch im Tiergarten verenden sein. Es wird höchste Zeit, daß die Jäger den erkrankenden Hirschen im Bereich mit dem Fortschreiten alles aufhören, um den Wildbibereten auf die Spur zu kommen und sie der gerichtlichen Behandlung auszuliefern. Anstatt, daß das am Jagdbetrieb an den Konsummaterialien abgesehene Wild, der ganzen umliegenden Bevölkerung nütze kann, werden die verendeten und veräußerten Hirsche der Allgemeinheit verfallen. Geschiehen aus dem materiellen Schaden wäre das Eingehen des Tiergartens für alle Freunde der Natur, Einzelne wie Fremde, die so gern unter Waldes Schattensitzen, ein schwerer Schaden. Am 16. Juli. (Hirsch im Kreis.) Eine Hiesige Hirsche wurde polizeilich gefasst, die Hiesige als Strohmittel verendet hatte.

Wien, 16. Juli. (Die Zahl der Bediensteten in anderer Stadt auf 7 Millionen.)

Wien, 16. Juli. (20 Prozent billiger.) In der „Hiesiger Zeitung“ macht ein Korrespondent bekannt, daß er wegen Verbilligung der Rohmaterialien jetzt noch billiger als 20 Prozent billiger verkaufen werde. Das ist hoch wie niemals mal ein Kaufmann.

Kassel, 17. Juli. (Die Stadtverordneten) genehmigten die Aufhebung einer 40-Millionen-Mark durch ein Kasseler Bankkonjunktum, beschloßen richtigerweise Ersetzung der großen Wohnungen zur Bänderung der Wohnnot. Überdies ermittelte Kasse teilte mit, daß der Kasseler Rat mit dem Arbeiterrat auf Abbau von einem günstigen Abschluß stehen. Weiter teilte er mit, daß das große Gefängnis vor dem Stadt zur Erziehung von Wohnungen übernommen worden ist. Es handlung so gut wie leer. Die wenigen Insassen wurden dem Waisenhause zugeführt.

# Vermischtes.

3 deutsche Dampfer schwanden.

Kassel, 16. Juli. (Havos.) Am der Küste südlich von zwei Linge ein heftiger Sturm. Die deutschen Dampfer „Lützow“, „Graf“ und „Graf“. Der Dampfer „Lützow“ und „Das Carlos“ ein Schiffsbomber, drei deutsche Segler, mehrere Pontons und hunderte von Leichterflößen und kleinen Booten sind gelunden. Der Schaden wird auf 200 Millionen P. J. geschätzt. Bis heute zählt man 87 Tote und Verwundete, das gläubt man, daß mehr als doppelt so viel untermommen sind. Der Sturm hat sich gelegt.

Herringsmehl für uns.

Christiania, 16. Juli. Die Inaktiven Lager von Herringsmehl und Schellfischmehl in Frotzger und Söngren sind für 1 1/2 Millionen Kronen nach Deutschland verkauft worden. Es handelt sich um etwa 3000 Tonnen Herringsmehl und 1000 Tonnen Schellfischmehl zu je 350 Kr. per Tonne, sowie um 5-6000 Tonnen Walffischmehl zu je 320 Kronen per Tonne. Der Käufer ist eine deutsche Genossenschaft.

Nachricht über den Preisverfall. In dem neuen Teil der Zeitschrift „Das neue Reich“ schreibt Richard Dohls: „Die Preise für den Salzwasser, der einen Teil davon enthält. Dieser hatte die Eigenschaft, ihm stets mehr Selbstvertrauen zu geben; aber als eines Tages ein Sturm den Teil des Salzwassers entweichte, hatte er das Kleinsten verloren und während er verzweifelt danach suchte, freilich die Mühe nicht im. Im nun nottend zu überdritten, bräunete er ihn in ein stilles Schicksal, das er auch bei ihm seinen Teil davon wieder. Als unglücklicher er ihn in Ordnung nahm alle seine Kraft zu sammeln und wartete mit ruhigem Mut, bis die fünf bis sechs und weit gelangt. Dann arbeitete er sich immer aus dem Schlaf, Müllerte die Salzwasser ab, und die gelockerten hat dabei erpicht.“

Waldbrände in der Nähe von Bormes in Frankreich die eingedämmte Schiene, und wieder aufgelaufen. Es sind bereits große Waldbrände zerstört, etwa 300 Hektar sollen die Erde freigegeben. Die ganze Tal von Carrebonne ist in Gefahr. Es wurden Truppen in die gefährdeten Gegenden gelandt. In Toulon wird ein Desamontierungsunternehmen, um für die Arbeiterarbeiten verwendet zu werden. Bis jetzt sind drei Soldaten bei den Arbeiten ums Leben gekommen.

Ein 1 Million Mark Schaden gemacht. Der Kaiser Karl Reubens aus Wilheim wird verhaftet. Er war in München auf einen fahrenden Zug gefahren und hatte fünf Eisenbahnpostkisten und zwei Postkörbe erbeutet, in denen u. a. Diamanten im Werte von über 1 Million Mark enthalten waren. Reubens hat sich in München, als er sich auf dem Zug einschleift, einverleibt waren, bereits verhaftet.

Im Treiben. Einmalige Wälder brachen auf München, das etwa 100 Hektar aus dem Gebiet von einem Stachel eingegrenzt worden sind und abtrieb. Die Wälder sind alle 100 Hektar mit der Bekanntheit verloren.

Wälder geschädigt. Auf einem Spaziergang trat mich meine hochwürdige Grottel aus unermittelt. Seit dem, in der Wälder gegen die Arbeiter im Echten ihres Kampfes. Wunder über die Frauen Gedanken eines Arbeiterkollektive (siehe ich u. „So mach' ich's jetzt auch“ lasie der Hiesige Kollektivern. („Augen.“)

# Sport-Nachrichten der Saale-Zeitung.

Kennen zu GutsMuth am 17. Juli.

(Eigener Drahtbericht der Saale-Zeitung.)

1. Preis von Lannaballen. (8000 Mt., 1400 Meter.) 1. K. K. (K. K. K.) 2. G. G. G. (G. G. G.) 3. M. M. M. (M. M. M.)

2. Preis von GutsMuth. (12 000 Mt., 3000 Mt.) 1. G. G. G. (G. G. G.) 2. M. M. M. (M. M. M.) 3. K. K. K. (K. K. K.)

3. Preis von GutsMuth. (12 000 Mt., 3000 Mt.) 1. G. G. G. (G. G. G.) 2. M. M. M. (M. M. M.) 3. K. K. K. (K. K. K.)

4. Preis von GutsMuth. (12 000 Mt., 3000 Mt.) 1. G. G. G. (G. G. G.) 2. M. M. M. (M. M. M.) 3. K. K. K. (K. K. K.)

5. Preis von GutsMuth. (12 000 Mt., 3000 Mt.) 1. G. G. G. (G. G. G.) 2. M. M. M. (M. M. M.) 3. K. K. K. (K. K. K.)

6. Preis von GutsMuth. (12 000 Mt., 3000 Mt.) 1. G. G. G. (G. G. G.) 2. M. M. M. (M. M. M.) 3. K. K. K. (K. K. K.)

7. Preis von GutsMuth. (12 000 Mt., 3000 Mt.) 1. G. G. G. (G. G. G.) 2. M. M. M. (M. M. M.) 3. K. K. K. (K. K. K.)

8. Preis von GutsMuth. (12 000 Mt., 3000 Mt.) 1. G. G. G. (G. G. G.) 2. M. M. M. (M. M. M.) 3. K. K. K. (K. K. K.)

9. Preis von GutsMuth. (12 000 Mt., 3000 Mt.) 1. G. G. G. (G. G. G.) 2. M. M. M. (M. M. M.) 3. K. K. K. (K. K. K.)

10. Preis von GutsMuth. (12 000 Mt., 3000 Mt.) 1. G. G. G. (G. G. G.) 2. M. M. M. (M. M. M.) 3. K. K. K. (K. K. K.)

# Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gv:3-1-848334-19190718011/fragment/page=0003



